



Familien dank Abschaffung der Kinderprämien entlasten

Referat von Jean-François Steiert, Nationalrat FR

Es gilt das gesprochene Wort.

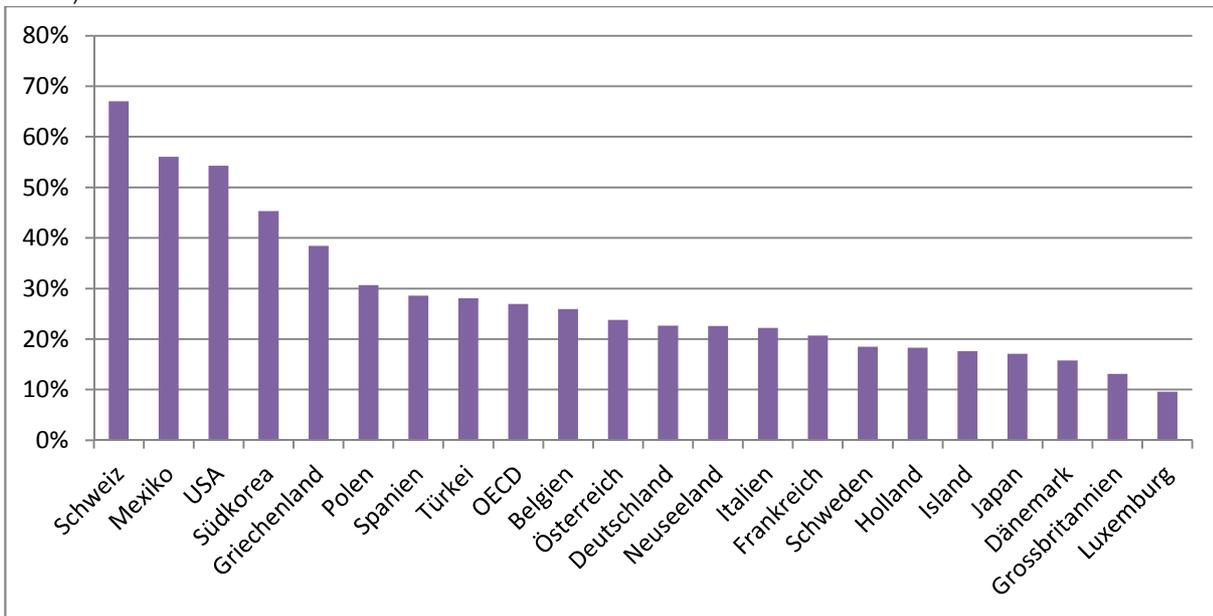
Weltweit müssen sich die Haushalte in keinem anderen Land so stark an den Gesundheitskosten beteiligen wie in der Schweiz. Am schmerzhaftesten trifft dies Familien mit mittleren Einkommen. Sie bezahlen heute bis zu doppelt so viel, wie das vom Bundesrat bei Einführung des Krankenversicherungsgesetzes versprochene Ziel von acht Prozent des Haushaltsbudgets. Die SP fordert deshalb die gezielte Entlastung dieser Familien durch die Abschaffung der Kinderprämie. Zudem sollen die Prämienverbilligungen, die heute zum Teil die Belastungsunterschiede noch vergrössern, harmonisiert werden.

In der Schweiz bezahlen die Haushalte heute rund zwei Drittel der Gesundheitskosten ohne sozialen Ausgleich. Damit nimmt die Schweiz vor Mexiko und den Vereinigten Staaten weltweit den Spitzenplatz ein (Grafik 1). Das trifft vor allem die Haushalte mit mittleren Einkommen, die keine oder kaum Prämienverbilligungen erhalten - und hier vor allem Familien, die über die Kinder- und Jugendlichenprämien besonders belastet sind. Vor der Einführung des heutigen Krankenversicherungsgesetzes hat der Bundesrat versprochen, die Belastung der Versicherten solle dank Prämienverbilligungen auf acht Prozent des Haushaltseinkommens begrenzt werden. Die ist heute gerade für Familien bei weitem nicht der Fall. Das Beispiel einer Durchschnittsfamilie mit Medianeinkommen (zwei Erwachsene, ein Jugendlicher, ein Kind) zeigt, dass dieses Ziel nur in den wenigsten Kantonen erreicht wird und die Belastung nach Prämienverbilligung bis zu zwanzig Prozent des Haushaltsbudgets erreicht (Grafik 2). Die SP fordert deshalb als ersten Schritt zur Erreichung der ursprünglichen bundesrätlichen Sozialziele in der Krankenversicherung die Abschaffung der Kinderprämie für alle Haushalte, deren Belastung acht Prozent des Budgets übertrifft, und die Finanzierung des entsprechenden Fehlbetrages (eine Milliarde Franken jährlich nach Abzug der bestehenden Verbilligungen) aus Steuermitteln (z.B. über die direkte Bundessteuer). Damit würde die öffentliche Hand ihren in den letzten Jahren erfolgten Rückzug aus der Finanzierung des Gesundheitswesens zielgerecht kompensieren.

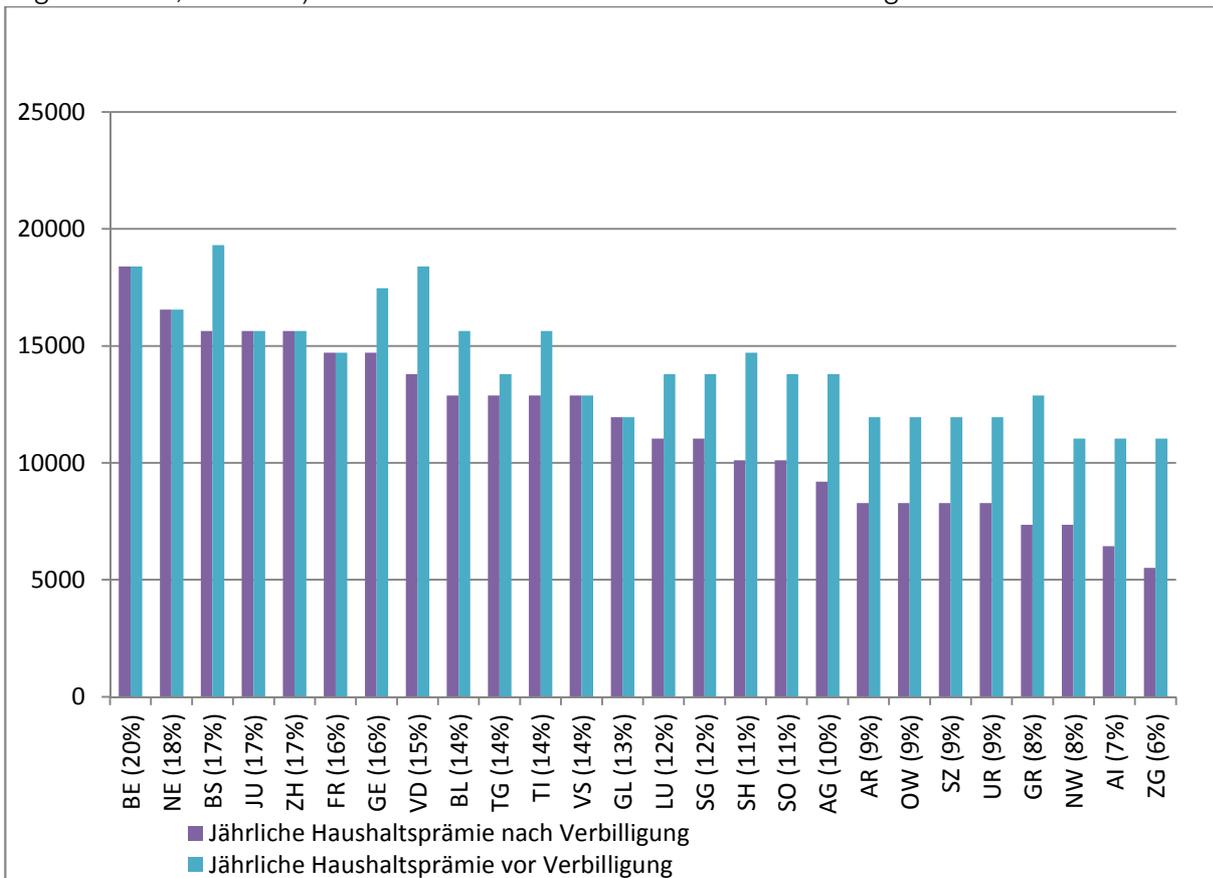
Prämienverbilligungen harmonisieren

Die Haushalte mit mittleren Einkommen sind nicht nur besonders stark belastet: ihre Belastung variiert von Kanton zu Kanton massiv. Problematisch ist, dass der heutige Prämienverbilligungsmechanismus mit seiner stark föderalistischen Ausprägung die Prämienunterschiede nach Gewährung der Verbilligungen gegenüber den ursprünglichen Prämien noch massiv erhöht, wie auch das bereits erwähnte Beispiel einer Durchschnittsfamilie zeigt. Die SP fordert deshalb minimale Voraussetzungen für die Prämienverbilligungen, damit diese ihrem sozialen Ziel entsprechen und die Belastungsunterschiede reduzieren statt sie in verschiedensten Fällen noch zu erhöhen.

Grafik 1: Privater Anteil der Gesundheitsfinanzierung im internationalen Vergleich (OECD 2012)



Grafik 2: Belastung eines Haushaltes mit Medianeinkommen (2 Erwachsene, ein Jugendlicher, ein Kind) in Franken und Prozent des Haushaltsbudgets



Fazit: nach der Verbilligung sind die Prämienunterscheide zwischen den Kantonen 75% grösser als vor der Prämienverbilligung.